

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Irmingard Schewe-Gerigk, Kerstin Müller (Köln), Dr. Uschi Eid, Birgitt Bender, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Frauen stärken – Frieden sichern – Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und der Konfliktbearbeitung vorantreiben**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Viele Frauen führen trotz des Bekenntnisses der Vereinten Nationen zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit weiterhin ein Leben, das von sozioökonomischer und kultureller Unterdrückung geprägt ist. Tradierte Geschlechterrollen existieren in fast allen Gesellschaften zu Ungunsten von Frauen und beschränken deren Recht auf Selbstbestimmung in allen Bereichen. Zwei Drittel der Menschen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen. Frauen verfügen nur über zehn Prozent des globalen Einkommens und ein Prozent des weltweiten Vermögens. Obwohl die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit entsprechende Programme und Projekte zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung durchführt, ist Armut immer noch vor allem weiblich: 70 Prozent der 1,3 Milliarden Menschen, die in extremer Armut leben, sind Frauen. Frauen sind Leistungsträgerinnen in ihren Gesellschaften und in vielen Entwicklungsländern produzieren sie den Großteil der Nahrungsmittel und kümmern sich dazu um Haushalt und die Kindererziehung. Aber trotzdem sind es vor allem Männer, die die entsprechenden Ressourcen und Produktionsmittel, wie zum Beispiel Land oder Zugang zu Krediten, besitzen. Beschäftigungsverhältnisse von Frauen sind häufig prekär, sozial ungesichert und schlecht bezahlt. Physische und psychische Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet. Sie reicht von gesellschaftlich akzeptierter häuslicher Gewalt über kulturelle Praktiken, wie z. B. die genitale Beschneidung, bis hin zu Vergewaltigungen und Folter in Kriegen. Die in vielen Ländern stark ausgeprägte Unterdrückung und Ungleichbehandlung von Frauen stehen in krassem Widerspruch zu den elementaren Menschenrechten und dem Ziel der Vereinten Nationen, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben und sind zentrale Hemmnisse für Frieden und Wohlstand in der Welt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bei den Regierungen der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Stärkung der Menschenrechte von Frauen einzusetzen;
2. ihre Verpflichtungen aus den Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) der Vereinten Nationen konsequent umzusetzen, als Beitrag zur Stärkung der Frauenrechte und der strafrechtlichen Verfolgung von Tätern sexualisierter Gewaltanwendung in Kriegen hierzu einen Gender Audit durchzuführen, einen nationalen Aktionsplan zu erarbeiten sowie eine nationale Monitoringstelle einzurichten;
3. sich dafür einzusetzen, bei der Ausbildung und Vorbereitung von Friedenstruppen der Vereinten Nationen sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Kriegen zum Thema zu machen;
4. verstärkt Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen, die sich für eine Abschaffung der genitalen Verstümmelung von Frauen engagieren;
5. die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Rechte der Frau zu unterstützen, um das Monitoring und die Evaluierung der europäischen Aktivitäten hinsichtlich der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und der Frauenförderung in der Entwicklungspolitik wie in der gesamten internationalen Politik zu stärken;
6. sich auf europäischer Ebene für eine Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Orientierung und Wirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen;
7. sich innerhalb der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass alle Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) die Geschlechtergerechtigkeit und die Frauenförderung stärker berücksichtigen;
8. sich bei den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Einführung des Gender Budgeting einzusetzen;
9. sich dafür einzusetzen, dass auch die multilateralen Geberorganisationen bei ihren Entwicklungsprogrammen und -projekten den Gender Equality Policy Marker der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anwenden;
10. sich dafür einzusetzen, dass auf die Gemeinschafts-, Korb- und Budgetfinanzierungen, an denen sich die Bundesrepublik Deutschland beteiligt, das Analyseinstrument des Gender Budgeting angewandt wird;
11. dafür Sorge zu tragen, dass sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene die Aspekte der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Frauenförderung als integrale Bestandteile in das Entwicklungsinstrumentarium der Budgethilfe miteinbezogen werden;
12. regelmäßig die Auswirkungen der Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Stärkung der Rechte und Rolle der Frauen durch eine am Konzept des Gender Budgeting orientierte Analyse darzustellen und öffentlich zugänglich zu machen;
13. im entwicklungspolitischen Jahresbericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Auflistung der Anzahl der Projekte und Programme unterteilt nach dem Gender Equality Policy Marker der OECD inklusive der jeweiligen Ausgaben vorzunehmen;

14. die Ausgaben für Entwicklungsvorhaben, die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Stärkung der Rechte und Rolle der Frauen als Hauptzielrichtung (G2) haben, zu erhöhen;
15. aufgrund der besonderen Gefährdungslage von Frauen durch den Klimawandel Folgendes zu veranlassen:
  - eine Studie über die besonderen Anpassungsbedürfnisse von Frauen in Entwicklungsländern durchzuführen,
  - bereits bestehende Anpassungsprogramme in der Entwicklungszusammenarbeit einer Gender-Analyse zu unterziehen,
  - sich dafür einzusetzen, dass die Gender-Perspektive auch in die Anpassungsprogramme multilateraler Entwicklungsinstitutionen integriert wird;
16. vor dem Hintergrund der Verpflichtung zu den MDGs und dem Ziel, diese bis 2015 zu erfüllen, folgende Ansätze der Frauenförderung verstärkt voranzutreiben:
  - in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Müttersterblichkeit durch einen deutlich verbesserten Zugang von Frauen und Mädchen zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten signifikant zu senken,
  - alle HIV/AIDS-Bekämpfungsprogramme der Entwicklungszusammenarbeit an den spezifischen Bedürfnissen von Männern und Frauen auszurichten,
  - dem Zugang von Frauen zu finanziellen und produktiven Ressourcen, wie Krediten, Land, Saatgut und Fortbildung, in den Programmen der ländlichen Entwicklung eine hohe Priorität einzuräumen,
  - Wasser- und Sanitärversorgungsprogramme der Entwicklungszusammenarbeit stärker an den spezifischen Bedürfnissen von Männern und Frauen auszurichten und ein Programm zur Sanitärversorgung an Schulen aufzulegen, das den spezifischen Bedürfnissen von Mädchen Rechnung trägt;
17. sich in den Partnerländern für einen verbesserten Zugang von Frauen zu höherer Bildung, insbesondere Hochschulbildung, zu engagieren;
18. sich durch mehr Stipendien- und Austauschprogramme für die Mobilität, den Austausch und die Förderung von Künstlerinnen, Studentinnen und Wissenschaftlerinnen einzusetzen.

Berlin, den 24. September 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

## **Begründung**

### **Frauenrechte sind Menschenrechte**

Frauen sind wie alle Menschen auf dieser Welt Trägerinnen unveräußerlicher Rechte, die in den menschenrechtlichen Erklärungen und Pakten der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Durch soziale Konstruktionen von Geschlechterordnung werden den Frauen weltweit ihre elementaren Rechte verwehrt. Diese Ungleichbehandlung von Frauen ist auch ein Hindernis für die sozioökonomi-

sche Entwicklung von Gesellschaften. Die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an den Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit und der Frauenförderung ist so zum einen ein Beitrag zu den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staatengemeinschaft und zum anderen wesentliche Voraussetzung für die Überwindung von Armut in der Welt.

### **Die Millenniumsentwicklungsziele vor dem Scheitern bewahren**

Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen sind der Maßstab, an dem sich die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit messen lassen muss. Bis 2015 will die Staatengemeinschaft signifikante Verbesserungen in den Bereichen Armut- und Hungerbekämpfung und bei der Eindämmung infektiöser Armutskrankheiten wie HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose erreichen. Dazu ist ein konsequentes Gender-Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit notwendig, denn Armut und ihre Wechselwirkungen mit Krankheiten und fehlender Bildung sind nicht von der Geschlechtergerechtigkeit zu trennen. Die MDGs 3 (Gleichstellung der Geschlechter) und 5 (Mutter-schutz) beziehen sich auf eine Verbesserung der Situation von Frauen. Die restlichen MDGs lassen eine konsequente geschlechtsspezifische Zielrichtung vermissen (MDGs 1, 2, 4 und 6) bzw. ignorieren diese vollständig (MDGs 7 und 8). Entwicklung wird ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht erreicht werden. Geschlechtergerechtigkeit wird ohne Gender-Mainstreaming in den MDGs nicht erreicht werden.

Die Erreichung der MDGs 3 und 5, die eine konkrete Verbesserung der Situation von Frauen bis 2015 anstreben, droht zu scheitern. Die Gleichstellung der Geschlechter macht keine nennenswerten Fortschritte: Frauen werden weltweit im Wirtschaftsleben benachteiligt und ihr Einfluss auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung ist gering. Die Müttersterblichkeit stagniert auf hohem Niveau. Die Müttersterblichkeitsrate bei Geburten in den Entwicklungsländern hat sich zwischen 2000 und 2005 nicht verbessert, in einigen Regionen gar verschlechtert. Immer noch sterben jedes Jahr über 500 000 Mütter bei der Geburt und dies vor allem in Afrika und Asien (ca. 95 Prozent aller Todesfälle). Und auf jede Frau, die stirbt, kommen über 20 Frauen, die mit schweren Komplikationen und deren gesundheitlichen Folgen zu kämpfen haben.

Auch auf Bildungsebene sind die Entwicklungen ungenügend, die im MDG 3 angestrebte Beseitigung der Geschlechterdisparität zu erreichen. Während in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) im Grundschulwesen Geschlechtergleichberechtigung bis 2015 noch erreicht werden kann (Mädchen zu Jungen: Rate 0,85 1999 und 0,89 2005), bedarf es im Sekundär- und besonders im Tertiärbereich eines bedeutend größeren Engagements. Neben anderen Faktoren wird das Problem von nicht vorhandenen oder nicht abschließbaren Toiletten gerade für Mädchen, die die Pubertät erreichen, zunehmend als ein bedeutender Faktor für Schulfehltag und Schulabbruch erkannt. An Hochschulen in den LDCs kamen 2005 auf 100 Männer nur 63 Frauen.

HIV/AIDS betrifft in vielen Entwicklungsländern besonders Frauen. Trotz der gestiegenen Anstrengungen bi- und multilateraler sowie privater Geber in der AIDS-Bekämpfung liegt eine Eindämmung der Seuche in weiter Ferne. Frauen sind unter biologischen Gesichtspunkten einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. Die hohe AIDS-Rate unter Frauen muss aber vor allem vor dem Hintergrund ihrer sozialen und gesellschaftlichen Stellung gesehen werden, die ihnen ihre sexuelle Selbstbestimmung verwehrt.

HIV/AIDS korreliert zudem stark mit der sozioökonomischen Situation der Menschen. Arme Menschen haben ein weitaus höheres Risiko, sich mit dem HI-Virus zu infizieren. So kommt die Krankheit vor allem in den ärmsten Regionen dieser Erde vor, besonders betroffen ist Subsahara-Afrika. Dort leben

67 Prozent aller HIV-Infizierten, dort sterben die meisten Menschen an der Immunschwächekrankheit. Besonders die Zahlen aus Subsahara-Afrika verdeutlichen, dass HIV/AIDS eine Krankheit ist, von der Frauen weitaus stärker betroffen sind als Männer. 59 Prozent der erwachsenen HIV-Infizierten in Subsahara-Afrika sind weiblich. 74 Prozent der HIV-Infizierten in Subsahara-Afrika zwischen 15 und 24 Jahren sind Frauen. Frauen sind in zweifacher Hinsicht einem stärkeren Risiko ausgesetzt, sich zu infizieren. Zum einen sind sie häufiger von sozioökonomischer Armut betroffen, wie fehlendem Zugang zu Bildung, Land und Lohnarbeit, und zum anderen besteht ein höheres Gefährdungspotential für Frauen durch patriarchal geprägte Sexual- und Partnerbeziehungen. Die Reduzierung der hohen AIDS-Raten hängt stark mit einer geschlechtsspezifischen Herangehensweise an die AIDS-Bekämpfung zusammen. Dazu gilt es, die Korrelationen zwischen sozioökonomischer Ungleichheit, Geschlechterungerechtigkeit und HIV/AIDS viel stärker in den Fokus zu nehmen als dies zurzeit geschieht.

### **Frauen und wirtschaftliche Betätigung**

Wer Armut bekämpfen will, muss bei den Frauen anfangen, denn sie leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden weltweit. Um ihre Arbeitssituation zu verbessern, ist die Entlastung von Frauen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Fortbildungen und Kreditvergaben unerlässlich. Weil Frauen weniger auf Eigentum, Gesundheitsvorsorge und neue Technologien zugreifen können, stehen sie in Entscheidungsprozessen häufiger außen vor. Dies führt zu Beeinträchtigungen nicht nur für sie persönlich oder für ihre Familien, sondern auch für die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Die Förderung von Frauen führt zu einem Multiplikationseffekt bei Produktivität, Effizienz und Wirtschaftswachstum. Die Vergabe von Mikrokrediten wurde auch deshalb ein Erfolg, weil Frauen erfahrungsgemäß mehr in die nachhaltige Entwicklung der Familie investieren, z. B. in die Bildung ihrer Kinder, in die landwirtschaftliche Produktion und in andere wirtschaftliche Aktivitäten, die Einkommen für ihre Familien generieren.

Jetzt müssen weitere Weichen zur Stärkung von Frauen gestellt werden, die nicht zu den klassischen Feldern der Entwicklungspolitik gehören, aber die Potenziale von Frauen vermehren können, wenn sie miteinander verschränkt werden. Die Möglichkeiten der Nutzung von Telekommunikation oder auch die Absicherung von Frauen in Sozialversicherungen sind solche Bereiche, die Hoffnung auf innovative Wege zur Bekämpfung der Armut machen. Besonders in dem noch relativ jungen Bereich „Soziale Sicherung“ und bei der Mikroversicherung sollte die Geschlechterperspektive zentrale Bedeutung erlangen.

Die Versäumnisse der Entwicklungspolitik im Bereich der ländlichen Entwicklung sind spätestens seit den massiven Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln offensichtlich. Es ist an der Zeit, endlich einen Paradigmenwechsel einzuläuten. Die lokalen ländlichen Strukturen in Entwicklungsländern müssen gestärkt werden. Dabei ist eine Geschlechterperspektive unabdingbar. Frauen sind in vielen Entwicklungsländern die Ernährerinnen der Familie, denn sie leisten einen Großteil der landwirtschaftlichen Produktion. Allein das Wasserholen, das oft Aufgabe der Frauen und Mädchen ist, kostet bis zu vier Stunden täglich. Schon dadurch werden sie an der Wahrnehmung von Chancen auf Bildung oder Einkommen gehindert.

### **Frauen und der Klimawandel**

Der Klimawandel und seine Folgen stellen besonders für die Menschen in Entwicklungsländern eine große Gefahr dar. Aufgrund mangelnder Ressourcen fällt es ihnen besonders schwer, sich an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern machen Frauen auf unterschiedliche Weise besonders verletzlich

für die Risiken des Klimawandels. Wechselnde Niederschlagsmuster infolge des Klimawandels lassen die Wahrscheinlichkeit von Missernten steigen. In vielen Entwicklungsländern sind Frauen die Hauptproduzentinnen in der Landwirtschaft und damit besonders betroffen, wenn Ernten ausbleiben, Erträge niedriger ausfallen und die Arbeitsbedingungen härter werden. Die sich verändernden Wasserhaushalte erhöhen schon heute in wasserarmen Regionen die Entfernungen, die Frauen zurücklegen müssen, um Wasser zu holen, was mit einem Mehr an Arbeit und Zeit verbunden ist. Und bei Naturkatastrophen wie Stürmen oder Überschwemmungen haben Frauen ein weitaus höheres Risiko, ums Leben zu kommen als Männer, wie im aktuellen Human Development Report der Vereinten Nationen nachzulesen ist. Frauen können z. B. häufiger nicht schwimmen und haben schlechteren Zugang zu mobilen Ressourcen. Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sollten daher die spezifischen Gefährdungspotenziale für Frauen und die Prioritäten von Frauen bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels berücksichtigen.

### **Gewalt und Unterdrückung gegenüber Frauen wirksam bekämpfen – Umsetzung der Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) der Vereinten Nationen vorantreiben**

Gewalt und Unterdrückung gegenüber Frauen hat viele Facetten. Neben der strukturellen Gewalt sind viele Frauen und Mädchen auch brutalster physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Dazu gehören die häusliche Gewalt, die genitale Beschneidung wie auch die sexualisierte Gewalt als Mittel der Macht und Unterdrückung. Besonders in Kriegen und gewaltsamen Konflikten sind Frauen und Mädchen in mehrfacher Hinsicht betroffen. Sie sind traditionell für das Überleben der Familie im Kriegsalltag zuständig und leben gleichzeitig in ständiger Angst, vergewaltigt, verschleppt und getötet zu werden. Frauen müssen fürchten, dass ihre Kinder als Soldaten missbraucht und junge Mädchen als sexuelle Sklaven gehalten werden. Der Griff zu den Waffen wird oft damit begründet, dass Frauen und Kinder und die Werte der Nation verteidigt werden müssen. Sexuelle Gewalt, Verstümmelung, Ermordung und Ausbeutung werden systematisch und bewusst als Kriegswaffe angewandt mit dem Ziel, die betroffenen Frauen und ihre Gemeinschaften zu demütigen, zu bestrafen, zu vertreiben und bestehende soziale Strukturen zu zerstören. Frauen und Mädchen jeden Alters erleiden schwerste Menschenrechtsverletzungen, werden brutal misshandelt, schwer verletzt und verstümmelt, wie die Beispiele Ruanda, Darfur, Kongo, Kosovo und Bosnien zeigen. Eng verbunden mit sexualisierter Gewalt ist die rapide Ausbreitung des HI-Virus.

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber den verschiedenen Formen von Gewalt und Unterdrückung von Frauen ist größer geworden. Dennoch gibt die hohe Zahl von Übergriffen auf Frauen weiterhin Anlass zur Sorge. Die Vereinten Nationen haben mit den zwei Resolutionen 1325 (2000) „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und 1820 (2008) Position bezogen und sexualisierte Gewalt in kriegerischen Konflikten international geächtet. Sie sind das Ergebnis jahrzehntelanger beharrlicher Bemühungen international arbeitender Frauenorganisationen. Die Resolutionen sind Meilensteine auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie blicken auf die verschiedenen Rollen von Frauen, sowohl passiv Opfer von Kriegs- und Gewalt-handlungen zu sein, als auch aktiv als Friedensakteurinnen und Gestalterinnen der Gesellschaft zu leben. Die hohen Erwartungen an die Resolutionen haben sich jedoch noch nicht erfüllt. Noch immer fehlt es an einer konsequenten Umsetzung der Resolutionen, obwohl sexualisierte Kriegsgewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Auch der Bericht der Bundesregierung zur nationalen Umsetzung der Resolution 1325 (2000) ist zwar detailreich und zeigt den guten Willen und die einzelnen Anstrengungen, verliert sich allerdings in vielen kleinen Einzelmaßnahmen und lässt eine gemeinsame Strategie noch immer vermissen.

### **Entwicklungsfinanzierung und Geschlechtergerechtigkeit**

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind eng mit den Finanzierungszusagen der Gebernationen – bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen – verknüpft. Die schrittweise Aufstockung der Mittel sollte einhergehen mit der Festlegung eines festen Anteils für die Finanzierung von Programmen, die die Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel haben. Die OECD hat eine Gender-Kennung entwickelt, den Gender Equality Policy Marker. Mit einer dreistufigen Kennung lassen sich Entwicklungsprojekte gemäß ihrer Gender-Zielsetzung einteilen. Entscheidend ist, ob ein Projekt Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel (G2) oder signifikantes Teilziel (G1) hat. Mit G0 werden Entwicklungsmaßnahmen gekennzeichnet, die nicht zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. In der Praxis werden für G2-Projekte – also Projekte, die in erster Linie auf Geschlechtergerechtigkeit zielen – signifikant weniger Mittel aufgewandt als für G1-Projekte, die zwar positive Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit haben können, für die dies aber kein Hauptziel ist. Für G2-Projekte wurden zwischen 2000 und 2006 pro Jahr höchstens etwa drei Prozent der bilateralen Brutto-ODA (Official Development Assistance) ausgegeben.

### **Gender Budgeting bedeutet mehr Ressourcen für Frauen**

Gender Budgeting ist ein Instrument, um sowohl bei der Haushaltsplanung als auch bei der -evaluierung die Auswirkungen der Haushaltsausgaben auf die Geschlechtergerechtigkeit zu analysieren. Erfreulich ist, dass inzwischen mehr als 50 Länder mit Gender Budgeting arbeiten, unter anderem Ägypten, Australien, Bolivien, Mexiko, Nepal, Senegal und Tansania. Auch in Afghanistan ist im Finanzministerium eine Einheit zu Gender Budgeting eingerichtet worden. Diese Ansätze gilt es, in der Entwicklungszusammenarbeit weiter voranzutreiben. Denn es handelt sich um ein probates Mittel, um Transparenz und Rechenschaft der Regierenden in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung zu erhöhen. Im Zuge der Paris-Deklaration und der Diskussion um die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe werden immer größere Beiträge der ODA über andere Kanäle als die bilaterale Projektebene abgewickelt. Es ist wichtig, dass bei diesen „neuen“ Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur die Gender-Perspektive berücksichtigt wird, sondern auch nachvollzogen werden kann, wie die Gelder verwendet wurden. Hierzu müssen zukünftig auch die multilateralen Geberorganisationen den Gender Equality Policy Marker der OECD anwenden. Zurzeit benutzt keine der multilateralen Geberorganisationen diesen Marker. Darüber hinaus müssen die Gemeinschafts-, Korb- und Budgetfinanzierungen der Gebernationen einem konsequenten Gender Budgeting unterworfen werden.

